

# Stellungnahme

Zum „Verstetigungskonzept der Sozialen Stadt im Brandenburgischen Viertel“, Arbeitsthesen (Stand: 30.08.2011)

## 1. Ziele und Aufgabenstellung

Mit dem Verstetigungskonzept soll die Frage beantwortet werden, wie es nach Auslaufen der aktuellen Programme im Brandenburgischen Viertel weitergeht.

In der Antwort auf meine entsprechende Anfrage im Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt am 12. April wurde zur Aufgabenstellung formuliert: „Werden die im Rahmen des Programms Soziale Stadt entstandenen Projekte auch ohne öffentliche Förderung weiterhin bestehen können? Wie soll die finanzielle und organisatorische Unterstützung dieser Projekte erfolgen, organisiert werden, um den Fortbestand zu sichern? Letztendlich soll die Klärung erfolgen, ob eine juristische Person (Bürgerverein, Förderverein, Genossenschaft etc.) die gebildeten Strukturen und entstandenen Projekte wirksam unterstützen und am Leben erhalten kann.“

Die Aufgaben des Verstetigungskonzeptes sind zudem in der Fortschreibung des Integrierten Programmübergreifenden Stadtteilentwicklungskonzeptes (IPStEK 2009) in Kapitel 7.4.2. formuliert.

Darauf fußend beschäftigen sich die Gutachter mit den Akteursnetzwerken, bürgerschaftlichen Selbsthilfestrukturen, den sogenannten Schlüsselprojekten, der Schaffung eines dezentralen finanziellen Budgets für den Ortsteil und dem Quartiersmanagement.

Das Verstetigungskonzept befasst sich demnach nur mit einem kleinen Teil des gesellschaftlichen Lebens im Brandenburgischen Viertel.

## 2. Grundlagen

In den Arbeitsthesen werden als Grundlagen für die Erarbeitung des Verstetigungskonzeptes genannt: vorliegende Konzepte (insbesondere IPStEK 2009), Gespräche mit Akteuren im Brandenburgischen Viertel, Abstimmungen mit der Stadtverwaltung und die Ergebnisse der aktuellen Sozialstudie.

Die Befragungen im Rahmen der Sozialstudie waren zum Zeitpunkt der Erstellung der Arbeitsthesen noch im Gange. Das stellt einen methodischen Mangel bei der Erarbeitung des Verstetigungskonzeptes dar, da

Ortsteil  
Brandenburgisches Viertel

### Der Ortsvorsteher

Carsten Zinn

Telefon  
(03334) 81 82 46  
(während der Sprechzeiten)  
Mobil:  
(0170) 20 29 881

Hausanschrift  
Bürgerzentrum  
Schorfheidestraße 13  
16227 Eberswalde

e-Mail  
kommunal@gmx.de

Internet  
www.dielinke-barnim.de

Eberswalde, 24.10.2011

Ortsteil  
Brandenburgisches Viertel

**Der Ortsvorsteher**

Carsten Zinn

Telefon  
(03334) 81 82 46  
(während der Sprechzeiten)  
Mobil:  
(0170) 20 29 881

Hausanschrift  
Bürgerzentrum  
Schorfheidestraße 13  
16227 Eberswalde

e-Mail  
kommunal@gmx.de

Internet  
[www.dielinke-barnim.de](http://www.dielinke-barnim.de)

die Ergebnisse der Sozialstudie eine sehr wichtige Grundlage für das Verstetigungskonzept darstellen.

Für diese Stellungnahme konnte leider nicht auf die Ergebnisse der Sozialstudie zurückgegriffen werden.

Für die Bewertung der bisherigen Entwicklung des Ortsteils sind zusätzlich zu den Punkten aus dem IPStEK 2009 die überwiegend negativen Auswirkungen der 2006 gegen den aktiven demokratischen Widerstand von Einwohnerinnen und Einwohnern beschlossenen Schließung der Albert-Einstein-Oberschule und der Kita „Spatzennest“ zur Kenntnis zu nehmen.

In diesen Zusammenhängen gab es ein vielfältiges Engagement der Kiezbewohnerinnen und -bewohner, dessen Fehlen im IPStEK und anderenorts beklagt wird.

Zu den aufgrund des IPStEK 2009 herausgestellten Punkten verweise ich hinsichtlich der Thematik „Spätaussiedler“ auf die Stellungnahme Beauftragten für Migration und Integration des Landkreises Barnim.

Zum Thema Nahversorgungsangebot wäre zu ergänzen, dass der Verbleib des Lebensmittel-Nahversorgers im Ortsteil nur durch erhebliche Anstrengungen, auch meinerseits, gewährleistet werden konnte. Hier handelt es sich, wie bei den Schul- und Kitaschließungen um Aspekte, die nur mittelbar mit dem Programm „Soziale Stadt“ zu tun, dennoch aber große Auswirkungen auf die Lebensqualität der Bewohnerinnen und Bewohner des Ortsteils haben.

Zum Thema Nahversorgungsangebot wäre zu ergänzen, dass der Verbleib des Lebensmittel-Nahversorgers im Ortsteil nur durch erhebliche Anstrengungen, auch meinerseits, gewährleistet werden konnte. Die konkurrierende Entwicklung an der Kreuzung Spechthausener/Eberswalder Straße wird erst jetzt durch den Bebauungsplan zur „Steuerung des Einzelhandels“ beschränkt.

Hier handelt es sich, wie bei den Schul- und Kitaschließungen um Aspekte, die nur mittelbar mit dem Programm „Soziale Stadt“ zu tun, dennoch aber große Auswirkungen auf die Lebensqualität der Bewohnerinnen und Bewohner des Ortsteils haben.

Die Feststellung, wonach es im Ortsteil an Beschäftigungs- und Qualifizierungsangeboten mangle, ist zu relativieren. Der Ortsteil Brandenburgisches Viertel ist ein reines Wohngebiet. Beschäftigungsmöglichkeiten beschränken sich demnach im wesentlichen auf Versorgung und Dienstleistung für das Wohngebiet.

Für die durchaus wünschenswerte Aufhebung der Teilung zwischen Arbeits- und Wohnort sind weitergehende gesellschaftliche Veränderungen notwendig. Inwieweit das Verstetigungskonzept hierfür Ansätze liefern kann, wäre zu prüfen.

Eberswalde, 24.10.2011

Zur Fluktuation und dem Rückgang der Einwohnerzahlen sowie damit zusammenhängend zum Wohnungsleerstand und zu den Rückbauaktivitäten sollte genauer analysiert werden, welche Bereiche des Ortsteils davon besonders betroffen sind. Diese Aussagen sollten mit konkreten Zahlen unterlegt werden.

Dies gilt auch für die Aussagen zum Anteil der Empfänger von Arbeitslosengeld II (Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts).

Zu der festgestellten „fehlenden Einbindung von kommerziellen Gewerbetreibenden und Dienstleistern in das Gebietsleben“ sollten die Ursachen genauer analysiert werden sowie auf die bisherigen Bemühungen z.B. des Quartiersmanagement eingegangen werden.

Auf einen Teil der Vorgaben aus dem IPStEK 2009 zum Verstärkungskonzept wird in den Arbeitsthesen nicht oder nur unvollständig eingegangen.

Insbesondere ist die Analyse, welche Projekte, Angebote und Strukturen sich bewährt haben und wie diese finanziell abgesichert werden können, ungenügend. Die Definition von Aufgabenprofilen fehlt. Hier sollte noch nachgearbeitet werden.

### **3. Schwerpunkte des Verstärkungskonzeptes (Arbeitsthesen)**

#### **3.1 Sicherung von Akteursnetzwerken**

Unterschieden werden „themenbezogene (bzw. sozialgruppenspezifische) Netzwerke“ (Aktive Senioren, Junge Eltern, AG Medien, familienunterstützender Kooperationsverbund, Initiative „Ferienspiele“) und „aktionsorientierte Netzwerke“ (Bürgerball, Weihnachtsmarkt, Ferienspiele, Kindertag, Sommerfeste).

Es wird festgestellt, dass die Organisation dieser Netzwerke mehrheitlich über das Quartiersmanagement erfolgt, wodurch „erhebliche Ressourcen“ gebunden werden. Hier wäre zu ergänzen, welche Rolle neben dem Quartiersmanagement durch das Kontaktbüro „Soziale Stadt“ ausgefüllt wird.

Das lässt schlussfolgern, dass die meisten der seit 2003 etablierten soziokulturellen Netzwerke künstliche Gebilde sind, die nur aufgrund der Hilfe durch das Quartiersmanagement und der finanziellen Unterstützung aus Mitteln der Sozialen Stadt existieren.

Hier sollte eine genauere Analyse der einzelnen Netzwerke stattfinden.

##### **3.1.1 Themenbezogene Akteursnetzwerken**

**Der Ortsvorsteher**

Carsten Zinn

Telefon  
(03334) 81 82 46  
(während der Sprechzeiten)  
Mobil:  
(0170) 20 29 881Hausanschrift  
Bürgerzentrum  
Schorfheidestraße 13  
16227 Eberswaldee-Mail  
kommunal@gmx.deInternet  
www.dielinke-barnim.de

Diese Netzwerke werden in den Arbeitsthesen synonym als „sozialgruppenspezifische Netzwerke“ bezeichnet.

Die Arbeitsthesen lassen nicht erkennen, inwieweit die se Netzwerke aktuell tatsächlich funktionieren. Nach meinen Beobachtungen sind oft nur Ansätze vorhanden.

Die Vorschläge zur Übertragung der Netzwerkkoordination an jeweils einen beteiligten Träger sollten konkreter formuliert werden. Dabei sollte auf die guten Erfahrungen z.B. des Dreipunkt e.V. zurückgegriffen werden. Die demografische Entwicklung und in diesem Zusammenhang die zu erwartende zunehmende Altersarmut ist zu berücksichtigen.

Die Eigeninitiativen der Wohnungsunternehmen, wie z.B. der Wohnungsbaugenossenschaft Eberswalde-Finow (WBG), sowie der Erfahrungsaustausch zwischen den Wohnungsunternehmen sollten unbedingt gefördert werden.

### **3.1.2 Aktionsbezogene Akteursnetzwerken**

Aktionsbezogene Akteursnetzwerke sind, heißt es in den Arbeitsthesen, vor allem im Zusammenhang mit Gebietsfesten gebildet worden. Es handelte sich um Angebote, die aufgrund vorhandener Fördermittel realisiert werden konnten. Eine vorherige Bedarfsanalyse fand offensichtlich nicht statt. Insoweit sollte der Forderung, sich auf „besonders angenommene Höhepunkte“ zu konzentrieren, gefolgt werden.

Diese „besonders angenommenen Höhepunkte“ sollten im Verstärkungskonzept konkret angesprochen werden.

Die Idee, den Weihnachtsmarkt in den Bereich „Heidewald“/Potsdamer Platz zu verlegen, wird befürwortet. Dadurch könnte die Öffentlichkeitswirkung erhöht werden. Weiterhin sollte neben dem SV Medizin auch der SV Motor, der die Sporthalle am Potsdamer Platz betreibt, einbezogen werden.

Die Erfahrungen der Stadtverwaltung mit dem Eberswalder Weihnachtsmarktes sollten Berücksichtigung finden. Es sollte zudem eine Koordination mit möglichen ähnlichen Initiativen im Ortsteil Finow erfolgen.

Die Beschränkung soziokultureller Höhepunkte auf die Voraussetzung „erfolgreiches Fundraising“ kann nicht akzeptiert werden. Qualitativ anspruchsvolle kulturelle Veranstaltungen, das zeigen auch die Erfahrungen in Stadtmitte (z.B. „Guten Morgen Eberswalde“), sind kaum ohne Förderung möglich. Hier sollten die Möglichkeiten der Kulturförderung durch die jeweiligen Träger aktiv genutzt werden.

### **3.1.3 Sprecherrat**

In den Arbeitsthesen wird dem Sprecherrat „keine tragende Funktion mehr“ zuerkannt.

### 3.2 Stärkung der Selbsthilfestrukturen

In den Arbeitsthesen wird festgestellt, dass die im Rahmen temporärer Projektförderung der Sozialen Stadt etablierten „Selbsthilfeorganisationen“ sich überwiegend nicht selbst tragen. Das Quartiersmanagement konnte die erforderliche intensive Moderation und vereinsrechtliche Beratung nicht leisten.

Die Gutachter bieten ihre professionelle Hilfe an, in den nächsten anderthalb Jahren deren Angebotsprofile zu schärfen und eine dauerhafte finanzielle Sicherung zu erreichen.

Dieses Angebot einer externen Beratung sollte geprüft und möglichst genutzt werden.

Im Mittelpunkt der Vorschläge für die Stärkung der Selbsthilfestrukturen steht die Etablierung eines „Stadtteilvereins“.

Als Aufgaben werden genannt: Akquise von Fördermitteln und Spenden, Vernetzung der Selbsthilfestrukturen und „Sprachrohr“ der Einwohnerinnen und Einwohner des Ortsteils. Desweiteren: Vergabe von Mitteln aus Verfügungsfonds/Stadtteilbudget/Aktionsfonds, Stadtteilarbeit (Organisation der Öffentlichkeitsarbeit, Durchführung zentraler Feste, Ausrichtung von Bürgerversammlungen, Umsetzung eigener Projekten), Ordnung und Sicherheit, Wohnumfeldgestaltung, Interessenausgleich zwischen Alteinwohnern des Viertels und Zuzüglern.

Es erscheint schwer möglich, dass diese Aufgaben durch einen ehrenamtlichen Verein geleistet werden können.

Zudem werden Aufgaben aufgezählt, die originär durch staatliche bzw. kommunale Stellen oder die Vermieter zu realisieren sind (z.B. Ordnung und Sicherheit). Unverständlich bleibt, was unter dem angeführten Interessenskonflikt zwischen Alt- und Neueinwohnern zu verstehen ist.

Für die Gründung eines Stadtteilvereins werden in den Arbeitsthesen drei Alternativen genannt: Neugründung als Bürgerverein, Umstrukturierung des Sprecherrates oder Reorganisation eines vorhandenen mitgliederstarken Vereins.

Letzteres dürfte illusorisch sein, schon mangels eines geeigneten Vereins.

Inwieweit sich der Sprecherrat, dem in den Arbeitsthesen „keine tragende Funktion mehr“ zuerkannt wird, als Verein etablieren kann, ist ungewiss. Der Sprecherrat als Gremium im Rahmen der Sozialen Stadt bezieht seine Legitimität aus dem entsprechenden Stadtverordnetenbeschluss zur Umsetzung des Förderprogramms. Der Sprecherrat ist somit der Stadtverwaltung zugeordnet und berät diese. Mehr nicht.

**Der Ortsvorsteher**

Carsten Zinn

Telefon  
(03334) 81 82 46  
(während der Sprechzeiten)  
Mobil:  
(0170) 20 29 881Hausanschrift  
Bürgerzentrum  
Schorfheidestraße 13  
16227 Eberswaldee-Mail  
kommunal@gmx.deInternet  
[www.dielinke-barnim.de](http://www.dielinke-barnim.de)

Eberswalde, 24.10.2011

Bleibt eine Neugründung als Bürgerverein.

Dabei muß gewährleistet sein, dass so ein Verein nicht dem Ortsteil und seinen Einwohnerinnen und Einwohnern künstlich übergestülpt wird. Wie in den Arbeitsthesen festgestellt, bedarf es dafür eines ausgeprägten bürgerschaftlichen Engagements. Dieses darf nicht durch Bevormundung ausgebremst werden.

Unklar bleibt, wie sich bürgerschaftliches Engagement heranbilden soll, wenn administrative Aufgaben im Mittelpunkt der Vereinstätigkeit stehen, die bislang dem Quartiersmanagement zuzuordnen waren.

Insgesamt sollte das Profil dieses Stadtteilvereins klarer definiert werden.

Es sollten stärker die Interessen dargestellt werden, die mit diesem Verein erfüllt werden sollen.

Erst dann können auch Akteure angesprochen werden, die sich in so einem Verein für ihre eigenen Interessen engagieren. Inwieweit dann darunter Einwohnerinnen und Einwohner des Ortsteils oder Vertreter von Vereinen etc. sind, wird sich zeigen.

### 3.3 Stabilisierung von „Schlüsselprojekten“

Es sollte erwähnt werden, dass neben den drei soziokulturellen Zentren („Schlüsselprojekte“) und dem genannten Bonhoeffer-Haus mit dem „Club am Wald“ ein fünftes Begegnungszentrum existiert.

Die „Aktionsfläche“ sollte künftig die aussagekräftigere Bezeichnung „BMX- und Skaterpark“ erhalten.

Hinsichtlich des Verkehrsgartens sollte versucht werden, die Kitas und Grundschulen in der Stadt und ggf. der Umgebung stärker in eine Nutzung einzubeziehen. In eine intensivere Verkehrserziehungsarbeit könnten evtl. auch die Polizei mit ihren Revierpolizisten oder ihren speziellen Präventionsbeamten integriert werden.

Die Stadtteilzeitung „Einblicke/Ausblicke“ gehört zu den nichtinvestiven „Schlüsselprojekten“. In den Arbeitsthesen werden falsche Voraussetzungen genannt. Die im Jahr 2009 erfolgte Neustrukturierung der Zeitung ist den Gutachtern nicht bekannt.

Die vorgeschlagene Verkürzung der Erscheinungstakte wurde bereits damals umgesetzt. Die aktive redaktionelle Mitarbeit von Vereinen und Bürgern wurde versucht, scheiterte aber letztlich daran, dass seitens der Stadtverwaltung als Herausgeberin die redaktionelle Unabhängigkeit nicht gewährleistet wurde. Auch die eingeforderten publizistischen Grundsätze als Handlungsrahmen für die Redaktion wurden nicht formuliert.

Ortsteil  
Brandenburgisches Viertel

#### Der Ortsvorsteher

Carsten Zinn

Telefon  
(03334) 81 82 46  
(während der Sprechzeiten)  
Mobil:  
(0170) 20 29 881

Hausanschrift  
Bürgerzentrum  
Schorfheidestraße 13  
16227 Eberswalde

e-Mail  
kommunal@gmx.de

Internet  
www.dielinke-barnim.de

Eberswalde, 24.10.2011

Eine lebendige Stadtteilzeitung funktioniert nur ohne inhaltliche Eingriffe als Zeitung von Bürgern für Bürger. Ein mögliches Vorbild ist die in Frankfurt/Oder erscheinende Zeitung „Wir im Quartier“. Der Herausgeber darf nicht als Zensor auftreten, vor dessen „Freigabe“ die jeweilige Ausgabe nicht erscheinen darf. Dies ist Voraussetzung, um Menschen für ein „flexibles und engagiertes Team, das sich einem solchen Projekt stark identifiziert“ zu finden.

Auf eine Einbindung gewerblicher Strukturen wurde bisher aus welchen Gründen auch immer verzichtet. Die auf drei Jahre (bis Ende 2012) ausgelegte Kommunal-Kombi-Stelle für die Redakteurin hätte Gelegenheit sein können, diese Einbindung allmählich umzusetzen. In dem verbleibenden Jahr sollte dies noch versucht werden.

Eine Ausweitung des Verbreitungsgebietes (bspw. Finow) könnte die Möglichkeiten der Anzeigenakquise verbessern. Allerdings würde dies zugleich den Charakter als Kiezzeitung verwässern.

Wichtiger ist eine inhaltliche Verbreiterung des Profils der Stadtteilzeitung. Statt der Konzentration auf Projekte der Sozialen Stadt, sollte sich in einer Kiezzeitung das gesamte vielfältige gesellschaftliche Leben im Ortsteil widerspiegeln.

Für das gegenwärtige Niveau der Information durch die Stadtteilzeitung reicht tatsächlich das alternativ vorgeschlagene „Schwarze Brett“.

Die Aussagen zu den „Schlüsselprojekten“ Ferienspiele, Familienfahrten, Weihnachtsmarkt und Kleiderkammer sollten ausführlicher gestaltet werden. Zum „Schlüsselprojekt“ Stadtteilstadtfest fehlen Aussagen.

### 3.4 Einrichtung eines Stadtteilbudgets

Mit diesem Fonds sollen die „Schlüsselprojekte“ kleinteilige Maßnahmen des Verfügungsfonds und Sprecherrat fortgeführt werden, die später von dem zu bildenden Stadtteilverein getragen werden sollen.

Die Bereitstellung eines aus dem Haushalt der Stadt finanzierten „Aktionsfonds“ konkurriert mit der Möglichkeit zur Mittelbereitstellung gemäß § 46 Abs. 4 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg.

Es ist m.E. als problematisch anzusehen, wenn unter Umgehung des demokratisch legitimierten Ortsvorstehers das von der Kommunalverfassung als Möglichkeit vorgesehene Ortsteil-Budget an einen privatrechtlich organisierten Verein vergeben wird.

Ortsteil  
Brandenburgisches Viertel**Der Ortsvorsteher**

Carsten Zinn

Telefon  
(03334) 81 82 46  
(während der Sprechzeiten)  
Mobil:  
(0170) 20 29 881Hausanschrift  
Bürgerzentrum  
Schorfheidestraße 13  
16227 Eberswaldee-Mail  
kommunal@gmx.deInternet  
www.dielinke-barnim.de

Eberswalde, 24.10.2011

Die vorgeschlagene Verfahrensweise, wonach der Stadtteilverein zur praktischen Mittelvergabe auf das Quartiersmanagement zurückgreift, würde den derzeitigen Stand konservieren und den Verein, wie es aktuell der Sprecherrat ist, zum Anhängsel der Stadtverwaltung degradieren – was wiederum den Ambitionen entgegensteht, dass es sich um einen Bürgerverein handeln soll.

### 3.5 Erhalt des Quartiersmanagements

Das Quartiersmanagement gilt, zusammen mit dem Kontaktbüro „Soziale Stadt“, ebenfalls als „Schlüsselprojekte“.

Die Formulierung, wonach das Quartiersmanagement „Mittler zwischen Stadtverwaltung ... und Bürgerschaft“ sei, ist missverständlich.

Laut Kommunalverfassung § 47 Abs. 1 und 2 vertritt der Ortsvorsteher den Ortsteil gegenüber den Organen der Gemeinde. Er ist Ansprechpartner und Fürsprecher der Bürger.

Eine Etablierung des Quartiersmanagements als Parallelorgan des Ortsvorstehers ist unnötig und sicherlich auch nicht beabsichtigt. Daher sollten hier, in den Passagen zur Rolle des Ortsvorstehers und in der abschließenden Grafik klarere Formulierungen gefunden werden, die im Einklang mit der Kommunalverfassung stehen.

Alle drei vorgeschlagenen Varianten für eine künftige Trägerschaft (kommunal, WBG, Stadtteilverein) erfordern eine entsprechende Qualifizierung des dafür vorgesehenen Personals.

Als vierte Variante sollte die externe Vergabe an einen professionellen Dienstleister geprüft werden. Dies erfordert, wie die Varianten 1 und 3 eine Finanzierung über den Kommunalhaushalt.



Carsten Zinn